



Newsletter der Landtagsabgeordneten Dr. Esther Niewerth-Baumann MdL
Ausgabe 1/2019

Bericht aus Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach fast eineinhalb Jahren Koalition zwischen der CDU und der SPD im Niedersächsischen Landtag zeigen die Umfragen, dass die Bürgerinnen und Bürger mit der Arbeit der Regierung zufrieden sind. Die Niedersachsen erkennen dabei insbesondere den alltäglichen Umgang der Regierungsparteien miteinander an. Dazu leiste ich gerne meinen Beitrag.

Diese kooperative Zusammenarbeit der Regierungsparteien und –fraktionen trägt Früchte: In den vergangenen Monaten konnten meine Fraktion und ich viel für Oldenburg im Landtag erreichen. Wir setzen die richtigen Akzente, sei es nun bei speziellen Oldenburger Anliegen oder niedersachsenweiten Themen. Verschaffen Sie sich gerne einen Überblick mit dem vorliegenden Newsletter.

Berufsbildende Schulen brauchen dringend mehr Mittel

In den vergangenen Wochen wurde viel über die Mittelkürzungen für die berufsbildenden Schulen (BBSen) in Oldenburg und ganz Niedersachsen diskutiert. Im vergangenen Jahr wurden 100 Stellen im Stellenausschreibungsverfahren an den niedersächsischen berufsbildenden Schulen gestrichen. Ferner sollen bis zum Juli 2021 durch die von den BBSen erwirtschafteten Ausgabenreste 120 Planstellen finanziert werden. Die übertragbaren Ausgabereste würden hierdurch um 60 % verringert. Viele Verträge mit Vertretungslehrkräften müssten dann zum Ende des Schuljahres auslaufen. Die



Bild: Wahlkreisbüro Dr. Niewerth-Baumann MdL

Über 90 BBS-Schulleiterinnen und –leiter aus ganz Niedersachsen sprachen mit uns beim Treffen im Landtag.

Folge wäre eine weitere Verschlechterung der Unterrichtsversorgung der berufsbildenden Schulen in Niedersachsen, die nicht akzeptabel ist.

Das erfolgreiche Modell der dualen Ausbildung darf nicht gefährdet werden. Wir sind und bleiben im Dialog mit den Berufsschulen und wollen diesen auch intensivieren. Dazu haben wir über 90 Schulleiterinnen und Schulleiter aus ganz Niedersachsen Anfang April in der CDU-Fraktion empfangen, um uns mit ihnen auszutauschen.

Wir als CDU-Fraktion werden uns mit dem aktuellen Zustand auf keinen Fall zufriedengeben. Unsere Experten für Bildungspolitik stehen in engem Austausch mit dem Kultusministerium. Kurzfristig haben wir den BBSen eine Soforthilfe von 10 Millionen Euro zugesagt. Wir erwarten weiter konkrete Lösungsvorschläge, die zur schnellen und nachhaltigen Verbesserung an den beruflichen Schulen beitragen.

Kein Paritätsgesetz mit der CDU

Ende März habe ich in der Plenarsitzung zu einem Antrag der Grünen-Fraktion gesprochen. Dieser forderte die Einsetzung einer Enquete-Kommission, um einen Vorschlag für ein Paritäts-Gesetz bis zum 31. Juli 2020 zu erarbeiten.

„Keine Frage: Es sind zu wenig Frauen hier im Parlament, im Bundestag, in den Kommunalparlamenten und in den Parteien“, stellte ich zu Beginn meiner Rede klar. Die CDU-Fraktion beschäftigt sich ständig damit, was wir machen können, damit Frauen politisch aktiver werden. Ein solches Problem lässt sich durch ein Gesetz aber nicht lösen. Natürlich müssen wir etwas tun. Die Parteien sind dabei mehr gefordert denn je.

Eine Wahlrechtsänderung lehnt die CDU-Fraktion im Landtag aber ab. Mit einer Gesetzesänderung würde massiv in die Wahlrechtsgrundsätze eingegriffen. Jede Art von Paritäts-Gesetz ist verfassungsrechtlich höchst bedenklich, wenn nicht gar verfassungswidrig. Man müsste das Grundgesetz ändern, was wir als Landtag gar nicht können. Insofern halten wir auch eine Enquete-Kommission nicht für sinnvoll.



Bild: CDU-Fraktion Landtag Niedersachsen.

Meine Rede im März-Plenum zur Enquete-Kommission „Paritätsgesetz“.

ÖPNV und Digitalpakt: Oldenburg profitiert

In dem vom niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung Dr. Bernd Althusmann vorgestellten **ÖPNV-Förderprogramm** für das Jahr 2019 finden sich einige Oldenburger Projekte. Die Beschaffung von 25 neuen Omnibussen für die VWG mit Gesamtkosten von ca. 8,3 Mio. Euro und einer voraussichtlichen Förderquote von

40 % durch das Land kommt allen Oldenburger ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzern zu Gute. Auch können acht Haltestellen im Oldenburger Stadtgebiet mit Gesamtkosten von 195.300 Euro grunderneuert werden. Ferner profitiert die Verkehr und Wasser GmbH (VWG) von den Landesmitteln für einen geplanten Ausbau und die Grunderneuerung ihres Betriebshofes am Langenweg mit Gesamtkosten von ca. 3,8 Mio. Euro. Aufgewertet wird auch die Bestands-Buslinie Oldenburg – Nordenham/Bremerhaven. Alles in allem gute Nachrichten für den Oldenburger ÖPNV!

Erleichtert und erfreut habe ich auch auf die Einigung beim **Digitalpakt** reagiert – das zähe Ringen zwischen Bund und Ländern ist nun endlich beendet. Nach Angaben des Kultusministeriums kann Niedersachsen mit Bundesmitteln von 470 Mio. Euro aus dem Fünf-Milliarden-Paket rechnen. Dank einer Eigenbeteiligung von zehn Prozent stehen dem Land künftig 520 Millionen Euro zur Verfügung. Laut Ministerium soll jede öffentliche Schule zunächst mit einem Sockelbetrag von 30.000 Euro davon profitieren. Die ersten Mittel sollen in diesem Sommer fließen. Wichtig ist, dass die Schulen eine zeitgemäße digitale IT-Infrastruktur erhalten. Dies schafft die Basis für einen zielgerichteten und kritischen Umgang mit digitalen Medien.



Bilder: CDU Deutschland / Christiane Lang.

*ÖPNV und Digitalpakt:
Oldenburg profitiert.*

CDU-Seniorenunion zu Gast im Landtag

Am 1. März war die Senioren-Union Oldenburg zu Gast bei mir im Landtag. Nach einer ca. 25-minütigen Filmvorführung über die Geschichte und die Arbeit des Landtages und einem einstündigen Plenarbesuch auf der Zuschauertribüne, bei dem die aktuelle Debatte zur vorschulischen Sprachförderung verfolgt werden konnte, wurden die 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von mir und dem SPD-Abgeordneten Ulf Prange MdL zur Diskussion empfangen. Hierbei wurden viele Fragen beantwortet, unter anderem zur Programmgestaltung der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten, zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen und zur Vereinbarkeit von Studium und Familie. Nach einem Mittagessen im "Zeitfür..."-Restaurant des Landtages wurde mit dem Bus die Heimreise angetreten.



Bild: Wahlkreisbüro Dr. Niewerth-Baumann MdL

*Im Landtag: 40 Besucherinnen und Besucher der
CDU-Seniorenunion Oldenburg.*

Ärmel hochkrempeln: Was liegt noch an?

Zum Vorhaben, in Oldenburg einen **IT-Campus** zu errichten, haben die Niedersächsischen Ministerien für Wirtschaft sowie für Wissenschaft und Kultur in einem „Letter of Intent“ eine Förderung von 10 Millionen Euro in Form eines Baukostenzuschusses an das OFFIS in Aussicht gestellt. Dies ist eine Folge unseres gemeinsamen Briefes an Minister Althusmann, in dem wir als Oldenburger Landtags- und Bundestagsabgeordnete uns für die Unterstützung des Projektes starkgemacht haben. Auch weiterhin werde ich mich als Unterstützerin des IT-Campus im Landtag einsetzen.

Justizministerin Barbara Havliza plant für das Oldenburger **Justizzentrum** die Anmeldung von rund 50 Millionen Euro für den Finanzhaushalt des Landes, um die Anbauten an der Staatsanwaltschaft und am Landgericht Oldenburg zu finanzieren. Es ist gut, dass die Investitionen noch für diese Legislaturperiode geplant sind. Ich freue mich über dieses Ergebnis meines bisherigen Einsatzes in Hannover, bei dem ich viele, viele Gespräche mit den Fraktionen und der Ministerin geführt habe. Es ist wichtig, dass die Bauvorhaben nun zügig auf den Weg gebracht werden. Die konkrete Umsetzung werde ich weiterhin permanent begleiten.



Bild: Wikimedia commons / Corradox.

Anbau geplant: Landgericht Oldenburg.

Die Abrißarbeiten am alten **Finanzamt** an der 91er-Straße werden vermutlich bereits in zwei Jahren abgeschlossen sein. Bereits im Jahr 2017 habe ich mich bei Finanzminister Reinhold Hilbers für einen schnellen Abriß eingesetzt. Jetzt ist es dringend an der Zeit, eine Nachfolgelösung herbeizuführen. Die Anwohnerinnen und Anwohner, die Oldenburger Bürgerinnen und Bürger und auch die Finanzbeamtinnen und –beamten am Stubbenweg haben Anrecht auf eine schnelle Aussage und Klarheit über die Zukunft des Finanzamtes – sowohl, was den neuen als auch den alten Standort angeht.



Bitte denken Sie daran: Am 26. Mai sind Europawahlen. Bei dieser Wahl geht es um vieles, Ihre Stimme hat Gewicht. Bitte gehen Sie wählen. Genießen Sie die Feiertage. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Osterfest!



Herzliche Grüße Ihre Esther

Esther Beermann